

An den Bürgermeister
und den Gemeinderat der Gemeinde Obing

Grundsatzentscheidung zu den internationalen Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA sowie künftigen Abkommen dieser Art.

TTIP: Transatlantic Trade and Investment Partnership, Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, EU/USA

CETA: Comprehensive Economic and Trade Agreement, europäisch-kanadisches Freihandelsabkommen

TiSA: Trade in Services Agreement, Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen, zwischen EU und 21 weiteren Staaten, darunter USA, Pakistan, Kanada, Mexiko, Australien und Japan

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Gemeinderäte,

die Politische Alternative Obing bittet den Bürgermeister und den Gemeinderat Obing den folgenden Antrag in der nächsten Sitzung des Gemeinderates am 21.10.2014 im öffentlichen Sitzungsteil zu behandeln.

Der Gemeinderat möge folgendes beschließen:

1.) Die Gemeinde Obing fordert im Zusammenhang mit internationalen Handelsabkommen die Mandatsträger des bayerischen Landtages und des deutschen Bundestages sowie die Landes- und die Bundesregierung auf, die in Deutschland geltenden Standards z. B. bei Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerrechten zu schützen sowie weitere Entwicklungen und Verbesserungen, soweit künftig geboten, ohne Einschränkungen und Behinderungen zu ermöglichen.

Die in den Kommunen vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Daseinsvorsorge etwa durch Entscheidungshoheit und Selbstverwaltung müssen gewahrt bleiben.

Das Gebot der Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit muss ab sofort und stets ohne Einschränkungen erfüllt werden. Das Verhandlungsmandat sowie die Verhandlungsführer und -teilnehmer sind offen und lückenlos zu benennen.

Die aktuellen Verhandlungen zu TTIP, CETA und TiSA müssen gestoppt werden, bis nachteilige Auswirkungen auf Deutschland und seine Bürger ausgeschlossen werden können und der Verhandlungsrahmen und das Prozedere neu im Sinne des Wohls der Allgemeinheit festgelegt sind.

2.) Der Inhalt dieses Beschlusses ist in geeigneter Form zu veröffentlichen und an die Regierungen und Fraktionen in München und Berlin sowie an alle örtlichen Wahl- und Stimmkreisabgeordneten weiterzuleiten.

Begründung:

Eine der Hauptaufgaben internationaler Handelsabkommen ist der Abbau von Handelshemmnissen. Dies ist zu begrüßen wenn es sich z.B. um die Vereinheitlichung von technischen Normen handelt. Bei den aktuellen Verhandlungen zu TTIP, CETA und TiSA ist jedoch zu befürchten, dass darüberhinaus nationale Standards ausgehebelt, Einflussmöglichkeiten der Bürger ausgeschaltet und unter Ausschluss der Öffentlichkeit Tatsachen geschaffen werden, dass also z. B.

- Standards nach unten angeglichen werden (orientieren sich an denjeweils wirtschaftsfreundlichsten undniedrigsten Vorgaben),
- Arbeitnehmerrechte ausgehebelt werden,
- Verbraucherschutz missachtet wird,
- Datenschutzes verringert wird,
- Fracking zugelassen wird,
- Privatisierungen nicht mehr umgekehrt werden können,
- Firmen mit Sitz im Ausland Arbeitskräfte zu Bedingungen ihres Herkunftslandes ohne die Berücksichtigung nationaler Regelungen beschäftigen können,
- Regulierungen bei der Erzeugung und beim Handel von Nahrungs- und Futtermitteln umgangen werden, z.B. bei Gentechnik, Hormonfleisch,
- durch den Investitionsschutz Konzernen ermöglicht wird, Gemeinden wegen unliebsamer Entscheidungen vor Schiedsgerichten zu verklagen,
- Umwelt- und Artenschutzrichtlinien verringert werden,
- Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden.

Diese Liste könnte weit fortgeführt werden, Grundlage sind „durchgesickerte“ Informationen und Veröffentlichungen geheimer Papiere, jedoch kaum offizielle Stellungnahmen. Jegliche Einflussnahmen von Bürgern werden unterbunden.

Eine offizielle europäische Bürgerinitiative gegen das TTIP und CETA wird nicht zugelassen (es gibt hierzu keine schlüssige und nachvollziehbare Begründung). Eine glaubhafte Entkräftung der Befürchtungen erfolgt durch die fortgeführte Geheimhaltung nicht.

Abkommen von solcher Tragweite müssen unter Beteiligung der Öffentlichkeit und der Bürger sowie von NGO's wie Verbraucherschutz-, Umwelt-, Agrar- und Arbeitnehmerverbänden erfolgen. Eine transparente Vorgehensweise muss Bedenken im Vorfeld ausschließen können.

Die bayerische Staatsregierung sowie die Bundesregierung müssen sich dafür einsetzen die Aushöhlung der Errungenschaften unserer Gesellschaft zu verhindern, die Verhandlungen öffentlich zu führen und die Interessen ihrer Bürger zu wahren.

Plank Armin G.

Stellv. Fraktionssprecher der PAO